

15 + 1 Leiche in Winnenden Eine „unbegreifliche Tragödie“ und das Umdenken, das dennoch aus ihr folgt

Auf den Amoklauf von Winnenden reagiert Deutschland prompt und unisono mit dem Ausdruck des Entsetzens, „unfassbar“, „unerklärlich“. Bundespräsident Köhler, oberster Interpret des politisch Korrekten, spricht dasselbe als Vorschrift und Erklärungsverbot aus, indem er den Kommentar seines Vorgängers zu einem ähnlichen Ereignis 2002 zitiert:

„Bundespräsident Rau hat vor sieben Jahren nach dem Mordanschlag am Erfurter Gutenberg-Gymnasium gesagt: 'Wir sind ratlos und spüren, dass schnelle Erklärungen so wenig helfen wie schnelle Forderungen'. Es ist wahr: (...) Solche Taten führen uns an die Grenze des Verstehens. Und auch an die Grenze des Sagbaren, hinter der alles Deuten, Fordern und Erklärenwollen schnell unsäglich wird.“ (Präsident Köhler in seiner Rede bei der Trauerfeier in Winnenden)

Das ist freilich eine dicke Lüge. Die bürgerliche Welt versteht diese Tat ganz ausgezeichnet, wie übrigens jeden Mord. Wie sonst könnten Krimis verstanden und genossen werden, wie könnte der Zuschauer mit dem Kommissar um die Entdeckung des Täters wetteifern, wenn er die Motive nicht verstünde, über die sich der Täter verrät. Entgegen der beschworenen Ratlosigkeit sind die Zeitungen voll mit einfühlsamen Erklärungen.

„Er war unglücklich verliebt, von seiner Ausbildung überfordert und fand einfach keine Freunde...“ (www.welt.de)

Dass Misserfolge in der schulischen Karriere beim „School Shooting“ eine wesentliche Rolle spielen, ist kein Geheimnis:

„In der Schule lief es weiterhin nicht besonders. Nach seinem eher schlechten Realschulabschluss sollte Tim K. sich zwei Jahre lang auf einem privaten Berufskolleg auf eine Kaufmannslehre vorbereiten... Nach der Mittleren Reife sollte Tim hier noch die Fachhochschulreife erlangen. Mit seinem schlechten Realschulabschluss wäre er wohl an keinem staatlichen Berufskolleg genommen worden.“ (www.welt.de)

Experten kennen sogar allgemeine Bestimmungen „jugendlicher Amokläufer“: „nicht geschätzt, sozial beschämt“... und haben kein Problem, die Motivlage eines Tim K. anzugeben:

„Am Ende habe Tim sich wahrscheinlich in seiner Einsamkeit so lange ins Unrecht gesetzt gefühlt, dass er Recht und Unrecht selbst gestalten wollte. Abschließend. Nur dieses eine Mal.“ (Spiegel, 16.03.09)

Es ist auch nicht unbekannt, dass das lädierte Selbstbewusstsein auch schon vor der finalen Satisfaktion aus der puren Vorstellung der Rache Befriedigung ziehen kann und sich damit zum Kunden einer Unterhaltungsindustrie qualifiziert, die Rache-Phantasien bedient, aber nicht hervorruft:

„Tausende junger Leute reagieren sich damit (= mit Videospiele wie ‚Ego-Shooter‘) ab, ohne zu Killern zu werden.“ (FAZ, 12.3.09)

I.

Die Interpreten verstehen die Tat und das ist kein Wunder. Sie befassen sich ja mit ihresgleichen, mit der Welt, in der sie leben, und damit, wie sie mit den Herausforderungen dieser Welt fertig werden. Dabei präsentieren sie die Stufenleiter des normalen Wahnsinns, den sie mit dem Täter von Winnenden teilen. Erstens ist ihm und ihnen klar, dass die zu Unrecht so genannte „Leistungsgesellschaft“ schon von früher Jugend an eine große Zahl Verlierer produziert, die dann beschissene „Lebenschancen“ haben. Warum das so ist, interessiert Journalisten und Amokläufer weniger; deshalb ein kurzer Nachtrag: Tatsächlich verlangt die Schule nicht die Erfüllung bestimmter Leistungsanforderungen, die mit entsprechender Vorbereitung im Prinzip alle erfüllen könnten, sondern veranstaltet zwischen ihren Schülern einen Vergleich, bei dem immer welche scheitern müssen, wenn andere relativ besser abschneiden. Die schulische Selektion erbringt die Leistung, für die es hierzulande Bildungsanstalten gibt: Sie verteilt die Heranwachsenden auf die unab-

hängig von ihren Lernleistungen qualitativ und quantitativ vorgegebenen Positionen einer Klassengesellschaft, öffnet den einen den Weg zu höheren Position und Einkommen und verdammt die anderen zu viel Arbeit und Armut.

Zweitens wissen Journalisten und Amokläufer, worauf es angesichts dieser Herausforderung ankommt: Auf Kritik an Schule und Gesellschaft nicht! Es kommt darauf an, bei den Erfolgreichen zu landen und nicht bei den Verlierern. Das ist das Schöne an der freiheitlichen Klassengesellschaft, dass entlang der relativen Leistung eines jeden sein Schicksal entschieden wird. Jeder ist seines Glückes Schmied und hat – selbstverständlich in Konkurrenz zu anderen – aus sich so viel zu machen, wie er kann und will. Schüler wie Lehrer sehen es so, dass an dem, was die Schule aus einem macht, sich zeigt, was man für einen ist. Der Platz, den der Leistungsvergleich einem Schulabgänger in der Gesellschaft zuweist, offenbart, was an Begabung und Willenskraft in einem steckt: Jeder kriegt, was er verdient, und landet auf dem gesellschaftlichen Rang, auf den er gehört. Die quasi rassistische Ideologie der Erziehung macht das Ergebnis der Selektion zu einem Urteil über die Person und gibt Verlierern wie Siegern der Konkurrenz die schöne Auskunft mit auf den Weg, dass ihnen entspreche, was aus ihnen geworden ist.

Drittens ist den verständnisvollen Kommentatoren ganz klar, dass der zum „pursuit of happiness“ berechnete und verpflichtete moderne Mensch blöd genug ist, im Misserfallsfall mehr an dem negativen Urteil über seine wertige Person als an dessen materiellen Folgen, der Armut, zu leiden, die im Fall des Tim K., Sohn eines wohlhabenden Unternehmers, noch nicht einmal drohten. Zum Erfolg verpflichtete Zeitgenossen machen den Misserfolg in der Konkurrenz sich selbst zum Vorwurf und verachten sich, wenn sie nicht gut genug für das sind, worum es ihnen einzig geht: den Erfolg. Aktiv werden sie dann leichter in der Pflege ihres „lädierten Selbstwertgefühls“ als für eine Korrektur des wirklichen Misserfolgs.

Viertens teilen die besonnenen Betrachter mit dem Amokschützen sogar die allgemeine Anerkennungssucht. Ihre Zitate setzen das Scheitern in der Schule unmittelbar mit Blamage, Unglück unmittelbar mit Demütigung und Kränkung gleich – als ob das dasselbe wäre. Tatsächlicher Schaden gilt ihnen sofort als Schaden am „Image“. Ihnen ist klar, dass der ganze kompensatorische Selbstbetrug nichts wert ist, wenn es seinem Träger nicht gelingt, dafür Beifall und Bestätigung von einem Publikum einzusammeln. Sie verstehen, dass ein blamierter Konkurrenzgeier kein Abitur mehr braucht, sondern die Wiederherstellung seiner gekränkten Ehre. Und wenn er das durch „Prahlerien“ vor seinen Freunden nicht erreichen kann, weil die ihn eben nicht für „cool“ halten und ihm auch auf dem Feld der Geschlechterbeziehung der Erfolg versagt bleibt, können brave Journalisten sogar die letzte Spitze des Wahnsinns nachfühlen: Dass einer entgegen der ihm verweigerten Anerkennung dazu fortschreitet, auf einem Recht auf Anerkennung zu beharren und sich dieses gewaltsam verschafft, indem er sein eigenes Leben und das vieler anderer opfert, finden sie selbstverständlich übertrieben, aber keineswegs jenseits ihres Horizonts. Sie selbst wissen ja, was ihre liebste intellektuelle Beschäftigung ist, was sie unter Freunden und Kollegen an Angeberei, Mobbing und Ehrverletzung austeilen, wie schwer sie Zurücksetzungen verdauen und mit was für Verwünschungen sie diese zurückgeben.

II.

Nach dem Verständnis und als Einspruch dagegen kommt der Rückruf:

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Was die Weltwirtschaftskrise über den Kapitalismus lehrt

Ein Gegenstandspunkt zum öffentlichen Hoffen auf und Bangen um die baldige Gesundung „unserer“ Wirtschaft

Seitdem die Finanzmärkte zusammenbrechen und die Realwirtschaft in bisher ungekanntem Tempo schrumpft, kommt der Kapitalismus ins Gerede. Leider sehr verkehrt. Auf die Diagnose: „Der Kapitalismus funktioniert nicht mehr“, antworten Volk und Elite mit dem dringenden Wunsch: Er möge schleunigst wieder funktionieren.

Die Regierung setzt ihre politische Macht über Geld und Schulden ein, um mit dreistelligen Milliardenbeträgen die Banken zu retten, und mit einem Konjunkturprogramm und anderen Subventionen die Auto- und andere Industrien vor dem Untergang zu bewahren. Das alles – da macht niemand ein Geheimnis daraus –, damit die kapitalistische Profitmacherei wieder in Gang kommt und weitergeht wie bisher.

Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder identifizieren sich umso mehr mit ihren Arbeitgebern, je unverträglicher deren Überlebensstrategien mit dem Interesse der Belegschaften an Lohn und Lebensunterhalt ausfallen. Auf Entlassungen, Kurzarbeit und Lohnkürzung antwortet die organisierte Arbeitnehmerschaft nicht mit Widerstand gegen die Kapitalisten und mit einer Absage an den Staat, der sie für die Rettung des Kapitalismus einspannen will; sie demonstriert ‚an der Seite‘ mit ihren Ausbeutern und fordert vom Staat mehr Geld für die Eigentümer ihrer Arbeitsplätze: „Wir sind Opel!“, „Wir sind Schaeffler!“ Der Staat soll dem Kapital die Gewinne ersetzen, damit Arbeiter weiterarbeiten können!

Die Linken in der Demokratie schimpfen lauter als andere auf die Raffgier der Banken und die spekulative Profitmaximierung, die die sich geleistet haben. Die Linke fordert vom Staat, diese Profitgeier zu retten, aber nur, damit sie ihren sozialen Dienst am realen Ausbeuten und Arbeitgeben wieder versehen und der Realwirtschaft Kredit geben können. Banken, so die Linke, gehören besser als bisher kontrolliert, damit ihr Kasino-Kapitalismus nie wieder eine Chance bekommt, den realen, produzierenden Kapitalismus zu schädigen. Außerdem tritt sie für eine Reichensteuer ein; sie findet es nur gerecht, dass auch die Reichen einen Obolus zur Rettung ihrer Ordnung beisteuern.

*

Bewegt von der Sorge, dass der Kapitalismus nicht mehr als Lebensgrundlage des Landes und seiner arbeitenden Massen funktioniert, und voll der Sehnsucht, dass er wieder funktionieren möge, interessiert sich schon wieder kein Schwein dafür, was für ein Wirtschaften da eigentlich – auch und gerade in der Krise – funktioniert.

Was ist das für eine Ökonomie, in der das Arbeiten zurückgefahren bis eingestellt wird und Armut wächst, weil Milliarden-Spekulationen der großen Geldhäuser danebengehen?

Was sagt es über ein Land, wenn nichts in ihm so „systemrelevant“ ist wie seine Banken? Wenn die Regierung – mit ungewissem Ausgang – ihre ganze Macht über das Geld ein- und aufs Spiel setzt, um unhaltbar gewordenen Kreditkonstruktionen den Offenbarungseid zu ersparen?

Was ist das für eine Weltwirtschaft, in der sich die Stellung der Nationen daran entscheidet, ob sie die Macht aufbieten können, diesen Schwindel aufrechtzuerhalten – oder eben nicht. Alle Staaten retten, so gut sie können, mit ihren Banken ihren nationalen Reichtum und ihre ökonomischen Potenzen. Sie wissen, dass Krisen die Zeiten der großen ökonomischen und politischen Machtverschiebungen sind. Besonders die deutsche Regierung sieht die Chancen, die die Krise bietet: Chancen auf eine Revision der globalen Kräfteverhältnisse. Und sie tut alles, damit „Wir“ „gestärkt“ und „international an der Spitze“ aus der Krise hervorgehen. Davon hängen die kapitalistischen Arbeitsplätze der Zukunft ab. Auch noch für den Sieg in der Krisenkonkurrenz hat ein Volk mit den fälligen Entbehrungen geradzustehen, das unverdrossen vom Kapitalismus leben will – und tatsächlich für ihn lebt.

Die Antworten auf diese Fragen machen deutlich, dass diese Wirtschaftsweise es verdient, abgeschafft – und nicht von neuem zum Funktionieren gebracht zu werden. Nie nämlich zeigt die Herrschaft des Kapitals ihre Absurdität so offen, wie in der Krise, in der die Kapitalverwertung – weil sie nicht gelingt – den materiellen Lebensprozess der Gesellschaft abwürgt.

Donnerstag, 23. April 2009, 20.00 Uhr
K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstraße 93
www.gegenstandspunkt.com / gegenstandspunkt@t-online.de

Am 28. März fanden in Frankfurt/Main und Berlin Demonstrationen zur Finanzkrise und gegen die Krisenbewältigung statt.

„Wir zahlen nicht für eure Krise! – Für eine solidarische Gesellschaft“ (Demo-Aufruf)

Kritische Anmerkungen zum Protest gegen Krise und Krisenbewältigung

Wenn die Märkte einbrechen, wenn in Industrie und Handel die Geschäfte schrumpfen, dann wenden die Unternehmen Schaden von ihren Bilanzen ab, indem sie ihn an ihre Arbeitskräfte weitergeben: Sie entlassen, verordnen Kurzarbeit, senken Löhne. Sie passen ihre Kosten an die verminderten Geschäftsgelegenheiten an und verteidigen ihre Gewinne. An dieser Front findet der Kampf darum statt, wer in welchem Maß Opfer zu bringen hat dafür, dass das Wachstum wieder in Gang kommt – wer also für die Krise und ihre Bewältigung bereits zahlt und noch mehr zu zahlen hat. Wer sich die Rolle als flexibler Kostenfaktor nicht mehr gefallen lassen will; wer es satt hat, in Zeiten der Konjunktur mit flexibler Arbeitsbereitschaft für das Wachstum der Profite bereit

zu stehen und in der Phase der Schrumpfung die Firmenbilanzen durch Lohnverzicht zu sanieren, der kommt um eine Kündigung seiner Rolle als Ware Arbeitskraft nicht herum. Das sieht die auf Arbeit angewiesene Menschheit in ihrer Betroffenheit von der Krise leider anders. Jetzt, wo das Kapital selber bedroht ist, Finanzinstitute und industrielle Unternehmen vor der Pleite stehen, da sehnt sie nichts sehnlicher herbei, als dass der Normalzustand der Marktwirtschaft wiederhergestellt wird: Banken wieder Kredite geben, Unternehmer wieder Gewinne machen und so Arbeitsplätze erhalten werden, an denen sie als Lohnarbeiter ihre rentablen Dienste leistet. Daumendrücken

Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Das Stichwort „Subjektive Wahrheit“

Ein Mensch liest einen Dichter und sagt: „Der trifft's aber ganz genau.“ Ein anderer Mensch hört dies, ist vom Gegenteil überzeugt und fängt an, Einwände zu erheben. Der erste will auf seinen Lieblingsdichter nichts kommen lassen und verteidigt sich wie folgt: „Für mich gilt das, was dieser Dichter geschrieben hat. Mag sein, dass es für dich nicht gilt. Das ist aber egal. Es gibt viele Dichter, und darunter ist sicher einer, der dir gefällt. Meinen Dichter brauchst du ja nicht zu lesen. So verstehe ich überhaupt nicht, warum du an meinem Dichter herumrörgelst.“

Ein Fall, wie aus dem Leben gegriffen. Aber unser Mensch macht einen Fehler. Einen Fehler, der sich erkenntnistheoretisch des Ehrentitels „subjektive Wahrheit“ erfreut. Sein Fehler besteht darin, dass er nicht wahrhaben will, dass die Gültigkeit eines Gedankens ohne Ansehen der Person besteht oder nicht besteht. Ein erster Hinweis: Sonst wäre doch der andere gar nicht auf die Idee gekommen, einen Disput anzufangen. Und was bedenklich ist: Der Fehler macht ihm gar nichts aus, er will ihn gerne machen.

Um mit dem ersten zu beginnen, dem Fehler,

die Objektivität des Gedankens

zu leugnen. Jeder Gedanke – die Rede ist hier von denjenigen Gedanken, die überhaupt von allgemeinerem Interesse sind: von den Gedanken allgemeinen Inhalts, die in Form des Urteils gedacht werden – ist *objektiv*. Das ist kein Dogma, sondern die einfache Feststellung der Tatsache, dass die Verbindung eines Satzsubjekts mit einem Prädikat durch ein *im Indikativ stehendes Zeitwort* – sei es die Kopula „ist“, sei es ein das Prädikat bereits teilweise enthaltendes Verbum – nicht mehr und nicht weniger behauptet, als dass der genannte Zusammenhang der genannten Inhalte *allgemein besteht*. Am Beispiel von oben: Unser Mensch sagt etwas über den Dichter und dessen Ansichten, die er für treffend hält. Es sei noch ein beliebiger Satz aus einem beliebigen germanistischen Buch herausgegriffen:

„Die *Unsinnspoesie* Balls, Arps und Huelsenbecks ist schließlich als rein spielerische Form nur der andere Ausdruck derselben Existenzlage, der zuvor der Berliner Expressionismus entsprungen war.“

Unabhängig davon, wer sich von der Wahrheit dieses Gedankens überzeugen lässt; unabhängig auch davon, ob der Autor in seinem tiefsten Innern selbst daran glaubt: Dieser Gedanke ist, durch den Modus des Indikativs, *objektiv*, d.h. die besagte „Unsinnspoesie“ und der „Ausdruck“ einer bestimmten „Existenzlage“ sind in diesem Satz durch das „ist“ als identische Inhalte gesetzt. Und nur darüber ist überhaupt die Rede; der Autor selbst (das muss jeder ehrliche Mensch zugeben) kommt in diesem Satz weder mit seinem Geschmack noch mit seinem Verstand, sondern überhaupt nicht vor.

So ist es mit jedem Urteil. Das urteilende Subjekt kommt in seinem Urteil nicht vor, auch wenn es das noch so gerne hätte – es urteilt eben, das ist alles. Und wenn es über *sich* redet, so ist es eben der Gegenstand, *über* den es urteilt – auch da hat sein Urteil die Form der Allgemeinheit, und es geht es selbst nichts an, von wem es kommt. Umgekehrt hätten das viele gerne und leiten deshalb ihre Urteile mit „Ich empfinde es so ...“, „Vielleicht könnte man es so sehen ...“ und Ähnlichem ein. Das hilft aber nichts und rettet sie nicht vor der auf dem Fuße folgenden Objektivität. Nach solchen Einleitungsfloskeln folgt nämlich regelmäßig ein „dass“-Satz, der – ein Urteil enthält! Und dieses Urteil, um das es ja einzig geht, enthält wieder nichts vom Subjekt.

So kommt es, dass jedermann, und sei er privat noch so bescheiden, kaum dass er einmal über etwas redet, Objektivität beansprucht, ob er nun will oder nicht.

Die Objektivität der Wahrheit und ihrer Begründung

Nun ist damit, dass man sich ein Urteil ausdenkt und als Feststellung verkündet, natürlich noch nicht verbürgt, dass es auch *wahr* ist. Behaupten kann jeder was. Hier hieße die Parole: Nachdenken!

Im Nachdenken werden nicht nur Satzsubjekt und Prädikat, sondern deren verschiedene Be-

stimmungen miteinander ins Verhältnis gesetzt. In dieser Geistestätigkeit wird man sich darüber klar, welche Verhältnisse hier im Einzelnen bestehen. Die Begründung eines Urteils erfolgt dann aufgrund des Wissens um die Beschaffenheit dieser Verhältnisse.

Bei alledem kommt wiederum, wie man sieht, das denkende Subjekt weit und breit nicht vor, außer eben, insofern es denkt. Die Begründung ist – objektiv. Übrigens auch, wenn sie falsch ist. Dann ist sie objektiv falsch.

Das Recht auf Einbildung

Eigentümlicherweise will der eingangs vorgestellte Vertreter der „subjektiven Wahrheit“ den Weg des Nachdenkens gar nicht beschreiben. Dennoch bezeichnet er den Gedanken, den er über seinen Dichter oder sonst worüber denkt, als, wenn auch nur für ihn, so doch *wahr* und *gültig* – und zwar einzig und allein aufgrund der Tatsache, dass er ihn denkt und gut findet! Das Ansinnen, diesen Gedanken auf die Verstandesprobe zu stellen, weist er beinahe empört zurück. Denn seine Überzeugung ist, dass er ein Recht habe, eigene Anschauungen nicht nur spielerisch zu entwickeln, sondern *für sich privat als allgemeine zu behaupten*.

Dieses Recht ist nun ein merkwürdiges Recht. Denn erstens gibt es ja keinen, der es unserem Menschen ernsthaft nehmen will. Einbilden darf sich jeder was. Zweitens aber, und das ist das noch viel Merkwürdigere, ist der Wille, sich dieses Rechts zu erfreuen, der Wille zu einem Widerspruch. Für *gültig* halten will er seine Ansicht schon, und dran *glauben*, dass es sich so verhält; aber die so erstrebte *Gewissheit* will nicht *wissen*, ob es so ist. Diesen wirklich harten Widerspruch muss ein Parteigänger der „subjektiven Wahrheit“ stets aufs Neue reproduzieren. Und es ist eine Anstrengung, immer wieder seinen soeben geäußerten Gedanken, der mithin für jedermann zur Beurteilung freigegeben ist, mit dem Dunst des Privaten zu umhüllen, um so zu tun, als ob nichts gewesen wäre.

Dass einer diese Anstrengung immer wieder auf sich nimmt, kommt höchstwahrscheinlich daher, dass er seine Gedanken *liebgewonnen* hat. Aber inwiefern kann man Gedanken eigentlich lieb gewinnen? Sie sind weder nett noch wohlgeformt. Einzig insofern kann man sie lieb gewinnen, als sie einem *vertraut* sind und eine *vertraute* Sicht der Dinge darstellen.

Vertraut sein kann man freilich mit vielem. Auch mit dem größten Unsinn. Wen es schon nicht mehr stört, dass seine Gedankenwelt mit Unsinn durchwachsen sein könnte, der *will* mit seinem Verstand schon nichts mehr; der hat praktisch an sich die Tatsache nachvollzogen, dass in unserer Demokratie nach Kriterien des Verstandes hundertprozentig *nichts* langgeht. Man bekommt ja hierzulande sowohl in der Erziehung als auch im praktischen Leben ohne Pause und Unterlass beschieden, dass die eigenen Überlegungen nichts zählen – sofern sie nicht von vornherein als unterwürfige angekröchen kommen, mit den herrschenden Kriterien schwanzwedelnd und viele Vielleichts zwischen den Zähnen; und auch dann noch ist ihre freundliche Aufnahme fraglich.

Das nun freilich an sich selbst zu exekutieren, ist noch ein eigener Schritt. Man beginnt seinen eigenen Verstand hinfort anders zu betrachten. Nicht mehr als *das* Mittel der eigenen praktischen Freiheit, sich erst einmal auszukennen in der merkwürdigen Welt, in der man lebt, um die begriffenen Lebensbedingungen entsprechend der Zuträglichkeit für einen selbst zu behandeln. Sondern, nachdem ihm Folgenlosigkeit aufgezwungen ist, als das Instrument einer Einsichtnahme in die Welt, die von vornherein folgenlos bleiben soll. Kurz, man betrachtet den Verstand nicht als Mittel, die Welt zu *begreifen* und zu *verändern*, sondern nur noch, um sie zu *interpretieren*.

Dann kommt es natürlich nicht mehr darauf an, ob man sich beim Denken täuscht oder nicht. Sondern darauf, dass die Einsichtnahme in die Welt zu einem Selbstwert wird und als solche dem Subjekt etwas bringt. Das Subjekt will seine Einsicht *genießen*, wenn es sonst schon nichts von ihr hat. Der freie Geist verurteilt sich zur Existenz als Schöngest.

Insofern will derjenige, der solche subjektive Wahrheit schätzt, diese auch als Wahrheit über sich, das Subjekt, verstanden wissen. Indem er zwar etwas gesagt, aber nichts Objektives festgehalten haben will, lässt er den Gedanken nicht mehr nach der Seite seines Inhalts, sondern seines Urhebers interessant werden. „Die Ansichten, die ich über den Weltlauf und seine Prinzipien äußere, sind Ausdruck meiner Persönlichkeit“, ist hier die irrationale Überzeugung. *Irrational* ist sie, weil „Persönlichkeit“ hier gar keinen anderen Inhalt hat und auch dem Subjekt gar nicht anders zu Bewusstsein kommt als eben durch den Kreis seiner Ansichten, und dennoch Quelle und Maß derselben sein soll. Nichtsdestoweniger ist sie ganz und gar *Überzeugung*. Ihre ideale Überhöhung ist *Wahrhaftigkeit*: Das Subjekt sieht seinen Wert darin, dass es beim Urteilen sich selbst treu bleibt, und sonst niemandem.

Der Lohn des Rechts auf Einbildung

Was hat man also von seinem Recht auf subjektive Wahrheit? Erstens eine eingebildete Freiheit: die Freiheit, *nach Laune urteilen* zu dürfen. Und zweitens eine eingebildete Pflicht: die Bindung des Subjekts an die Auf-

Die Welt ist voller Menschen. Du bist einer, ich schon wieder, sogar die Bundeskanzlerin. Aber worum handelt es sich da bei uns? Wer ist der Mensch in uns allen? Das sind so Fragen. Die rufen nach Aufklärung, und die Wissenschaft hält, was sie verspricht: Den Menschen kennt sie ganz genau, und zwar je nach Fach anders. Diesmal:

Der Mensch in der Politologie: Ein gewaltiger Chaos mit dem Willen, sich einer Staatsgewalt unterzuordnen

Politologen gehen von der Vorstellung aus, dass Menschen ohne Unterordnung unter eine Recht setzende höchste Gewalt bei der Verfolgung ihrer Anliegen – sei es der Kauf eines Autos, der Bau eines Eigenheims oder der Besuch eines Konzerts – laufend aneinander geraten würden; dass ohne Staat bald ein „Krieg aller gegen alle“ ausbrechen und ohne Recht und Gesetz ein Chaos einreißen würde, in dem niemand mehr zum Zug käme, so dass bewiesen wäre: Wo Interessen sich uneingeschränkt betätigen können, da kommen sie nicht zur Geltung, weil sie sich wechselseitig behindern. Diese Paradoxie handeln Politologen wie einen Erfahrungssatz: Dass dort, wo sich Interessen geltend machen, immer und überall Interessensgegensätze auftreten, wollen sie durch einen Blick in die Welt, die es gibt, erfahren haben. In der blühen in der Tat die schönsten Gegensätze. Zwischen Mieter und Vermieter, Ehemann und Ehefrau, Lohnarbeiter und Unternehmer, Gläubiger und Schuldner usf. – allerdings kein einziger „ohne Staat“. Das Material der politologischen Vorstellung ist eine Welt, in der alles unter staatlicher Aufsicht steht; in der es der dem Staat unterstellten Mannschaft zur Lebensaufgabe gemacht wird, sich an den von ihm gesetzten Bedingungen zu bewähren; in der vom Eigentum bis zur Familie alle Interessen rechtlich definiert sind; und in der deswegen Interessenskollisionen allemal die Form haben, dass sich berechnete Interessen wechselseitig um ihre Zurückweisung bemühen. Ausgerechnet in dieser Welt wollen Politologen entdeckt haben, wie sich der Mensch ohne Staat benimmt. Den Grund der aus der staatlichen Wirklichkeit herbeizitierten Gegensätze verlegen sie damit außerhalb dieser Wirklichkeit, in den Menschen. Der Mensch, so getrennt von seiner staatlichen Wirklichkeit gedacht, ist einerseits nicht von dieser Welt. Ein Geistesobjekt. Andererseits und im Widerspruch dazu soll dieses Geistesobjekt Grund all der Rechtskollisionen sein, die dem Politologen aus der staatlichen Wirklichkeit bekannt sind, und so bekommt der Mensch von seinem politologischen Schöpfer eine Eigenart zugesprochen, die erkennen lässt, dass das vorstaatliche zoon politikon vom Standpunkt der Einhaltung der Staatsordnung her definiert ist: Ohne Staat würde der Mensch gegen all das verstoßen, was der Staat gebietet. Ohne Staat gäbe es allerdings die Gebote gar nicht! Politologen brauchen nur ihre staatsbürgerliche Phantasie anzuwerfen, um sich diesen Widerspruch auszumalen: Der Mensch in der Politologie ist der wild gewordene Staatsbürger, der Feind jeder Straßenverkehrsordnung, die Konkurrenzsaue, die sich über alle staatlich gesetzten Gebote der Konkurrenz hinwegsetzt, kurz: der perma-

gabe, durchgängig es selbst zu bleiben.

Mehr ist es nicht. Seine subjektive Wahrheit hält man sich wie Ungebildete einen Hund, nämlich nach dem Motto: *Wir zwei* verstehen uns. Der Vorteil ist natürlich, dass man sie immer dabei hat und auch kein Geld zahlen muss für Futter.

Übrigens: Es ist immer noch der Verstand, den man sich so hält. Und es sind immer noch Urteile, die er produziert. Immer noch ist es an sich Wissen, was man da als Geschmacksfrage behandelt.

PS: Sind jetzt wir, die marxistischen Verfasser dieses Artikels, Parteigänger der absoluten Wahrheit, wenn wir an der subjektiven kein gutes Haar lassen? – Also, eigentlich dürfte diese Frage jetzt nicht mehr kommen, wenn man den Artikel aufmerksam gelesen hat. Aber man weiß ja nie. Daher hier die klare Antwort: Nein! Die „absolute Wahrheit“ ist das passende idiotische Gegenbild zur „subjektiven“, nämlich die Vorstellung einer unabhängig vom menschlichen Verstand festgelegten und bestehenden Wahrheit, und somit Sache des Papstes. Und warum ausgerechnet der mitten in der freiheitlichen Demokratie so viel gilt, das soll sich jetzt jeder selber überlegen. ■

nente Störfall jeder staatlichen Ordnung, aus Prinzip.

Von diesem Bild des Menschen aus leuchtet es den Politologen schwer ein, dass diese Kreatur gebändigt gehört. Die Notwendigkeit der Staatsgewalt leiten sie ab aus dem in die Menschennatur verlegten Bedürfnis, gegen Gesetze zu verstoßen. Was ihnen da einleuchtet, ist ihr eigener Staatsfanatismus, der ihnen ein geltend gemachtes Interesse gar nicht anders in den Blick geraten lässt als unter dem quasi juristischen Verfolgungsgesichtspunkt der Regelverletzung. Was sie als Ableitung des Staates aus der Menschennatur anbieten, ist ihr Standpunkt: Den Staat muss es geben, damit seine Ordnung gilt. Und von diesem Standpunkt aus basteln sie weiter an ihrem Menschenbild. Das hat nämlich für sie noch einen entscheidenden Haken: Mit dem vorgestellten gewalttätigen Chaoten lässt sich kein Staat machen; er eignet sich denkbar schlecht dafür, Gehorsam zu üben. Ihnen fällt selber auf, dass die von ihnen behauptete Notwendigkeit des Staates nur moralischer Natur war, dass sie dem Inhalt nach seine Unmöglichkeit begründet haben und machen von da aus den logisch bedenklichen Übergang, am Menschen nach einer Möglichkeit des Staates zu suchen. Mit dem Mut zum Risiko dichten sie, kaum haben sie den Wolf im Menschen entdeckt, ausgerechnet dieser Bestie das Bedürfnis nach einer Herrschaft an, die sie in den Griff kriegt, und lassen ihren Menschen einen „Gesellschaftsvertrag“ unterschreiben, mit dem er freiwillig seine Unterwerfung unter die Macht des Staates besiegelt. Nun darf man sich den Menschen zur Abwechslung als einen vorstellen, der die politologische Einsicht in die Notwendigkeit des Staates teilt. Ihm leuchtet der Widerspruch ein, dass sich sein Interesse nur geltend machen lässt, wenn es in Schranken gewiesen wird, und er ist deswegen selber für seine Beschränkung. Nur: Gerade das lässt die Gewalt des Staates einigermaßen überflüssig erscheinen, deren Notwendigkeit die Politologen begründen wollen; den Weg zum eigenen Erfolg muss man nicht aufgezwungen bekommen. Also muss man sich doch wieder an den bösen Wolf zurückerinnern. – Politologen behaupten, dass der Staat dem Menschen entspricht. Dass der es gut getroffen hat mit einer staatlichen Herrschaft über sich, die seinen Gehorsam gebietet, begründen sie nicht mit irgendwelchen segensreichen Eigenschaften der Staatsmacht. Sie konstruieren sich umgekehrt den Menschen, der dem Staat entspricht. Dabei sind sie sehr konsequent. Heraus kommt ein Idiot, dem jede Beschränkung als seine Freiheit einleuchtet. Das spricht nicht für den Staat. ■

Am 3./4. April fand in Baden-Baden, Kehl und Straßburg ein Gipfeltreffen der Nato zum 60. Jahrestag ihres Bestehens statt. Dagegen gab es viel Kritik, Protestcamps und Demos unter der zentralen Parole:

„Nein zum Krieg! Nein zur NATO!“ Und ein Ja zum demokratischen Staat? Wie soll das denn zusammenpassen!

Das Bündnis „Nein zum Krieg! Nein zur Nato!“ wendet sich gegen die Militärallianz des Westens. Die Gründe, die es dafür anführt, lauten: Weil sie seit nunmehr 60 Jahren ihre Kriege führt. Weil sie die Erde mit Waffen zugepflastert hat. Weil sie den Einsatz von Atom-Bomben auf ihrer Agenda hat. Weil ihr – altes wie neues – strategisches Konzept darauf abzielt, eine „ungerechte Weltwirtschaftsordnung“ zu schützen, den Zugriff auf globale Reichtumsquellen zu sichern und ihre Vormacht in dieser Konkurrenz zu verteidigen bzw. auszubauen. Weil die sie tragenden Staaten ihre „vitalen Interessen“ also mit aller Gewalt, die sie für lebenswichtig erachten, gegen den Rest der Welt geltend machen.

*

Genau so ist es. Die Nato ist eine Einrichtung von monstrosen Gewaltbereitschaft, die jede Gegnerschaft verdient. Umso merkwürdiger, dass derselbe Aufruf an der Nato kritisiert, sie solle Sorge damit nicht für mehr „Sicherheit und Humanität“, sondern für eine „Militarisierung“ der Welt, „Brutalisierung“ der Gesellschaft und „Aushöhlung des Grundgesetzes“. Tut man da dem feinen Nordatlantikkpakt nicht ein wenig zu viel Ehre an? Umgekehrt: Hält man mit dieser Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihren demokratischen Zivilgesellschaften nicht ein wenig zu viel zugute?

Glaubt man im Ernst, dass ein furchtbares Kriegsbündnis sich über unschuldige abendländische Demokratien hermacht und eine ihnen wesensfremde Politik aufzwingt? Sollte es wirklich so sein, dass die „Verschleuderung von Ressourcen, der Sozialabbau und die Ausländerfeindschaft“, für die die Nato allemal steht, unsere ehrenwerte Demokratie aushöhlt, um deren Bestand man sich sorgen soll? Anders gefragt:

Waren es nicht die Heimatländer der Demokratien, die diesen Verein gründeten? – Sollte man sich dann nicht einmal fragen, wofür eigentlich? Beginnt die Gewalttätigkeit erst mit dem Krieg? Werden dessen Gründe nicht im Frieden produziert? Warum nur eine Kritik der Nato, die nach Vorherrschaft strebt und das Leben militarisiert – reicht dafür nicht die Herrschaft des globalen Kapitalismus und seiner politischen Geschäftsordnung, also das Leben, das er den Leuten in aller Herren Länder aufnötigt? Kurz: Ist die Nato kein Instrument der zivilen und militärischen Zwecke der Staaten, die sie unterhalten und aufrüsten? Wäre denn die für sie nützliche kapitalistische Ordnung ohne einen weltweit schlagkräftigen, schwer bewaffneten Gewaltapparat überhaupt zu haben?

*

Wir halten es deshalb für einen Fehler, wenn kritische Leute, die das Kriegspotenzial und den Kriegswillen der Nato-Staaten für skandalös halten, sich neben den wirklichen Demokratien, die Eigentümer und Kommandeure der Militärmaschinerie sind, zusätzlich eigentliche freiheitlich-demokratische Gemeinwesen erfinden, die von Militarisation bedroht und von Konfrontationslogik unterwandert sein sollen. Wollen sie die gegen ihre eigene Kriegspolitik in Schutz nehmen? Meinen sie, demokratische Regierungen könnten das alles unmöglich wollen, was ihr Militärverein unternimmt? Bei allem Respekt vor Nato-kritischem Engagement: Man kann doch nicht das Mittel kritisieren und die politischen und ökonomischen Staatszwecke, für die dieses Mittel geschaffen wurde und für es ausgiebig gebraucht wird, außen vor lassen.

(1) Wenn man die „menschenfeindliche Politik der Nato“ anklagt und die „Mehrheit der Menschen, die Kriege ablehnt“, in scharfem Gegensatz dazu sieht, dann fällt uns auf, dass die „kleinen Leute“ gar kein Monopol auf die Ablehnung von Kriegen haben. Selbst Politiker, die den Krieg beschließen und von ihren Militärs führen lassen, erreichen ihre Ziele lieber ohne Krieg. Und sie setzen, wenn sie ihn für unumgänglich halten, ihre Kriegsmaschine für nichts anderes ein als für den nächsten, besseren Frieden, der ihren nationa-

len Interessen die Sicherheit verschafft, die sie brauchen – und ihrer Macht den Respekt, mit dem sie andere Staaten zu einem für ihren Staat nützlichen Frieden zwingen. Demokratische Kriegsherren berufen sich auch beim Schießen aufs politische Mandat jener Mehrheit der Menschen, die sie gewählt hat.

Und die vielen wahlberechtigten Leute lassen sich das in aller Regel gefallen. Sie hören keineswegs auf zu arbeiten, zu wählen – und ihre Herren so in ihrer Entscheidung über Krieg und Frieden zu ermächtigen. Sie denken da leider nicht so viel anders als ihre Volksvertreter: Sie lehnen Krieg ab, wenn sie keinen nationalen Nutzen darin sehen, wenn er leichtfertig vom Zaun gebrochen wird oder wenn er verloren geht. Wenn ihnen die politischen Repräsentanten aber sagen, dass „unser“ Lebensform auf dem Spiel steht; dass in „unserem“ exportorientierten Land die Arbeitsplätze von offenen Märkten überall, von freien Verkehrswegen zu Wasser und in der Luft und von der Bereitschaft anderer Staaten abhängen, die ihnen zugewiesene Rolle als zivile Manövriermasse in der globalen Marktwirtschaft zu spielen; dass es gilt „ein neues Auschwitz zu verhindern“...: Dann sehen auch „friedfertige Menschen“ ein, dass die Kooperationsbereitschaft der auswärtigen Rivalen in Fällen „böswilliger Verweigerung“ erzwungen und der Frieden von Freiheit und Demokratie und der kapitalistischen Weltwirtschaft verteidigt werden muss.

Wer seine Kritik an der Kriegspolitik der westlichen Demokratien ernst nimmt, kann sich nicht auf das gute Volk gegen seine Politiker berufen. Ihm bleibt die Kritik des allgemein gebilligten kapitalistischen Friedens nicht erspart.

(2) Der Friede wird in den Nato-Staaten mit denselben vornehmen Grundgesetzen regiert, deren Aushöhlung man beklagt, wenn im Zuge von Kriegen in aller Welt „die Grundrechte ausgehebelt werden“. Den Kritikern dürfte nicht unbekannt sein, dass die gelobten Verfassungstexte schon alle Klauseln zur Einschränkung der Grundrechte für den Fall vorsehen, dass irgendwelche Gefahren die innere oder äußere Sicherheit bedrohen.

Die Verfassung dieser Republik ist kein Gesetz zur Fesselung des Staates, sondern die Charta seiner Macht: Das Grundgesetz ermächtigt die Regierenden daher durchzusetzen, was immer sie zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Staatssicherheit für erforderlich halten. Nationale Führungen berufen sich mit vollem Recht auf ihre Verfassungen, wenn sie Krieg führen und dazu ihre Heimatfront aufrüsten.

(3) Im Verkehr mit anderen Staaten verstehen die großen westlichen Demokratien sowieso nur die Sprache der Gewalt. Die aber sprechen sie perfekt und verdolmetschen der Welt ihr hochgerüstetes Interesse als das Recht der Völker und der Menschen. Sie sind nicht gehorsame Gefolgsleute des Völker- und Menschenrechts, sondern dessen Macher und Vollstrecker. Auch diese einschlägigen Kataloge sind das Werk ihrer Macht, die sie in die Lage versetzt, jedem „shock and awe“, den sie zwischen Serbien und Afghanistan für nötig halten, eigenhändig eine völker- und menschenrechtliche Lizenz hinterherzuschicken. Klagen soll man also lieber nicht über verborgene Grundrechte, verfassungswidrige Militarisation und Kriege der Nato, die dem Völkerrecht widersprechen. Sondern zur Kenntnis nehmen, dass es eine Leistung demokratischer Rechtsstaaten ist, auch noch für die Übereinstimmung von imperialistischer Interessenlage und internationaler Rechtslage zu sorgen! Zu deren imperialistischen Programmen und Ansprüchen passen der Krieg und seine Mittel schon immer darunter:

- Die Weltordnung namens „Marktwirtschaft und Freiheit“, die sie einrichten und bewachen, gilt ohne jede Ironie der Sicherheit der Geschäfte. Das geben die Staaten mit der Rüstung, die sie beizeiten betreiben, selber zu Protokoll: Stehende Heere, gut gefüllte Munitionslager, eine eigene Rüstungsindustrie, etc.

„WIR ZAHLEN NICHT FÜR ...“
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

für die Rettungsprogramme der Politik, Opferbereitschaft für die Stärkung des nationalen Kapitalstandorts – solche Lehren werden mehrheitlich aus der Krise gezogen...

Eine Minderheit geht gegen die Herrschenden auf die Straße. Die Kritiker von Attac und anderer linker Gruppen – halten sie den Kampf um die Abschaffung des kapitalistischen Systems für nötig? Sie schimpfen auf die zerstörerischen Wirkungen der „Entfesselung des Kapitals“; fordern „ein anderes Wirtschaftssystem, das Mensch und Natur dient“; wollen „nicht hinnehmen, dass Beschäftigte und Erwerbslose die Zeche zahlen“ – aber die Kündigung von Lohnarbeit und die Beseitigung der Abhängigkeit von rentablen Arbeitsplätzen stehen nicht auf ihrer Forderungsliste. Was sind dann die Parolen wert, mit der gegen die Krisenbewältigung durch Staat und Kapital demonstriert wird? Welchen Preis wollen die Kritiker künftig nicht mehr berappen? Und an wen wenden sie sich, wenn sie angeblich „den Herrschenden das Feld nicht (mehr) überlassen“ wollen?

*

„Zeit für Systemwechsel“ ist im gemeinsamen Aufruf „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ für die Demos in Berlin und Frankfurt am 28. März zu lesen. Ein merkwürdiger Systemwechsel ist das, der all die Figuren gleich wieder mit an Bord nimmt, die in der schlechten alten Gesellschaft das Sagen haben und deren Profitmacherei all die aufgezählten Übel von der Armut in Europa und in der Welt bis hin zum Klimawandel verursacht.

Die Millionäre zum Beispiel: „Mit einer Sonderabgabe auf große Vermögen und einer Millionärssteuer“ soll dafür gesorgt werden, dass „die Profiteure die Kosten der Krise bezahlen.“ Dafür müssen sie Millionäre und Profiteure des Systems bleiben; gerade als solche sollen sie einen Beitrag zur Rettung aus ihrer Krise leisten, wenn's mit dem Profit mal nicht so klappt.

Die Banken müssen natürlich gerettet werden: „Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. (...) Der Bankenrettungsfonds muss von den Banken finanziert werden.“ Auch Finanzinstitute sind in der „solidarischen Gesellschaft“ offenbar unverzichtbar. Nur gesunde Banken können der Wirtschaft Kapitalvorschuss auf Kredit spendieren – und Kapital braucht die arbeitende Bevölkerung ja wohl so nötig wie das tägliche Brot, oder? Das Vermögen der Banken wird vom Volk auch noch gebraucht – denn nur reiche Banken können den „Bankenrettungsfonds“ auflösen, mit dem sie sich selber aus ihrer Pleite herauskaufen und dem Volk Kosten für die unverzichtbare „Sanierung des Finanzsektors“ ersparen. Und die Betriebe in der „Realwirtschaft“? Keine Frage, dass man die weiter braucht. Wer sonst könnte für „Beschäftigung“ für den Lebensunterhalt der Arbeiter sorgen? Auf Lohn angewiesen zu sein, das halten die Anhänger einer „besseren Welt“ nicht für kritikabel, eher

dokumentieren sowohl den Gegensatz der Nationen als auch den Willen, ihn für sich zu entscheiden, „notfalls“ mit Gewalt. So dienen Unterhalt und Pflege des Militärs der Versicherung von Erfolgen wie der manchmal nötigen Korrektur von Konkurrenzresultaten, die den Ansprüchen der Nation zuwider laufen.

- Die Kriege, auf die sie sich vorbereiten, sind eine Konsequenz, keine „Entartung“ dieser Friedensordnung. Sie liefern sich Wettläufe um die Fähigkeit zu überlegener Gewalt; und dabei hat es die Nato mit Abstand am weitesten gebracht. Das Bündnis der reichsten Marktwirtschaften des alten „Westens“ ist zugleich das stärkste; das Abstandsgebot exekutiert es auch nach Wegfall des „Ostens“ gegenüber störenden Emporkömmlingen seiner Neuen Weltordnung. Kein Wunder, dass „75% aller Rüstungsexporte“ auf das Konto der Nato gehen und niemand so „asymmetrische“ Kriege führen kann wie sie.

- Schon der erste Abwurf einer Atombombe war für die Abschreckungsexperten der Freien Welt eine „Frieden erhaltende Maßnahme“. Schließlich war es eines der Mutterländer der Demokratie, das als bislang einziges solche Waffen eingesetzt hat, was, wie man weiß, der demokratischen Freiheit nicht geschadet, sondern sie in der Welt verbreitet hat.

schon für eine Selbstverständlichkeit. Die Macht der Wirtschaftskapitäne ist kein auszuschaltendes Übel, vielmehr bei ihren kapitalistischen Kalkulationen auf Verantwortung fürs werktätige Volk zu verpflichten: „Betriebe, die öffentliche Finanzhilfe bekommen, dürfen nicht entlassen.“ Und „die notwendige Konversion z. B. der Automobilindustrie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden.“ Dafür brauchen – perspektivisch – die in den Unternehmen „Beschäftigten Veto-Rechte bei grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen.“ Und worum drehen sich diese Entscheidungen? Ausschließlich darum: Wie der Betrieb den Kredit der Banken verwendet, so dass neben dem eigenen Profit noch der Zins für die Banken aus der Arbeit herausgewirtschaftet wird. Nur Ausbeutung kann die Arbeitsplätze schaffen, die das Volk braucht! Die muss wieder in Gang kommen. Für die kapitalismuskritischen Aufrufe scheint das Übel des Kapitalismus also nicht darin zu bestehen, dass es in diesem System Lebensunterhalt für Arbeiter nur gibt, wenn ihre Arbeit Profit abwirft. Sondern darin, dass der Kapitalismus gegenwärtig mal nicht gescheit funktioniert.

Nicht nur die Reichen und Mächtigen, auch die Armen und Abhängigen treten in der „solidarischen Gesellschaft“ wieder in ihren alten Rollen auf. Wozu fordert man wohl einen „sozialen Schuttschirm“, wenn man nicht davon ausgeht, dass es weiterhin ohnmächtige und schutzbedürftige Sozialfälle geben wird:

„für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen ein armutsfester gesetzlicher Mindestlohn“. Die Autoren des Aufrufs nehmen die Lohndrückerei auf ein neues „Armutsniveau“ zur Kenntnis – und gehen ungerührt davon aus, dass es einen solchen „Niedriglohndektor“ noch länger geben wird. Wie die etablierten, einer Systemkritik unverdächtigen Parteien befinden auch sie ein gesetzliches Mindestmaß an Entlohnung für nötig. In der Auseinandersetzung über Für & Wider einer Lohnuntergrenze und den Streit um deren Höhe stört sie nicht der systemgemäße Zynismus gegenüber den materiellen Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung, wenn beide Seiten des Lohns – Lebensunterhalt für die Arbeiter, Kosten für die Kapitalisten – gegeneinander abgewogen werden: In die schäbige Frage „Wie viel Lohn braucht der Mensch?“ mischen sie sich ein mit dem Wunsch „aber bitte armutsfest“; die kritische Abgrenzung von der SPD-Definition des für arme Arbeiter Zumutbaren – ein Mindeststundenlohn von 7,50 € – haben sie bei diesem schlechten Witz auch nötig.

„Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, für sofortige Erhöhung des Eckregelsatzes – existenzsicher und ohne Sanktionen gegen Erwerbslose“. Langzeitarbeitslose haben Besseres verdient als eine Agenda 2010; zumindest eine „existenzsichernde“ Erhöhung der Hartz-IV-Sätze für die Behebung der unmittelbaren Überlebensnöte einer Sorte von Menschen, die auch in einer „solidarischen Gesellschaft“ nicht unbedingt weniger werden – mitsamt ihrer ewig unsicheren Existenz.

Fortsetzung Seite 4, Spalte 3 oben

Solches Zeug brauchen die in der Nato verbündeten Mächte für die Aufrechterhaltung ihrer globalen Ordnung, mit der sie sich ohne eine satte militärische Übermacht nirgends blicken lassen können.

*

Das Glück der wirklichen Demokraten ist es, dass sie an ihren nationalen Standorten keine anderen Gegner haben als ideale Demokraten, die das wirkliche Regieren für einen Verstoß gegen den Geist der Verfassung und demokratische Realpolitik für das Gegenteil des wahren, guten und schönen Regierens halten, das sie von den staatstragenden Parteien in unverwundlichem Zutrauen einfordern.

Wenn man also „eine Welt ohne Nato“ für nötig hält, dann wird es wohl auch nötig sein, nicht nur den uniformierten Befehlsempfängern des westlichen Kriegsbündnisses, sondern ihren demokratischen Dienstherrn und der zivilen Ordnung, die sie verwalten, die Gegnerschaft anzusagen.

Literaturtip: *Imperialismus heute*
GegenStandpunkt 3-06

Sozialistische Gruppe
Erlangen-Nürnberg (SG)
c/o Sprecherrat, Turnstr. 7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.: Vi.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

15 + 1 LEICHE IN WINNENDEN ...
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

Die gewussten Handlungsgründe des Rächers, die Gedanken und Anliegen also, derentwegen er seine Tat unternimmt, werden als eine zwanghafte Determination des Seelenapparats missverstanden, nur um dann die Unvollständigkeit dieser Determination aufdecken zu können: Andere gekränkte Ehrnicken schießen nicht! Also dürfen die bekanntesten Gründe nicht als Gründe der Handlung gelten. Die psychologischen Experten meinen zwar, dass Tim K. und andere Leuten von „ähnlichen Gefühlen“ geplagt werden, wollen aber gar nicht wissen, worin beide sich unterscheiden: Jugendliche Amokläufer halten so konsequent am Standpunkt ihrer Ehre fest, mit der ihre ganze Existenz steht und fällt, dass sie ihrer Wiederherstellung ihr ganzes, dadurch sehr kurzes Leben weihen. Andere mit demselben Rachebedürfnis bleiben so weit berechnende Realisten, dass sie sich beleidigt zusammenreißen und sich mit den Gehässigkeiten des zivilen Umgangs schadlos halten.

Das psychologische Argument hat den einen Zweck, die Tat zu verräteln und der Spekulation Raum zu schaffen: Alles ist jetzt drin, von der verkorksten Psyche des vielleicht doch „psychisch kranken“ Täters – jetzt wird furchtbar wichtig, nicht nur in rechtlicher Hinsicht bezüglich der Aufsichtspflicht der Eltern, ob Tim wegen „Depressionen“ in psychiatri-

seine Rat- und Sprachlosigkeit mit einem Appell zur Menschlichkeit:

„Da haben auch die Schulgemeinschaften eine wichtige Aufgabe. Wenn ihnen viel gutes Miteinander gelingt und wenn sie dabei unterstützt werden, wenn sie geprägt sind von Aufmerksamkeit, von gegenseitiger Wertschätzung und Sorge füreinander, dann macht das junge Menschen stark und hilft, dass niemand zurückbleibt.“ (Bundespräsident Köhler in seiner Trauerrede)

Wegen eines Versorgungsmangels mit dem Gut Ehre sollte keiner töten müssen: Mehr Trennung zwischen der Niederlage in der schulischen Leistungskonkurrenz und einem Werturteil über die Person sollte möglich sein; auch wenn es der Schule wie der werten Schülerpersönlichkeit in ihrem Verkehr miteinander auf gar nichts anderes als auf Leistung und Tabellenplatz ankommt. Neben der Absage an Aufstiegschancen muss die Schule Raum für die billige Beteuerung schaffen, dass auch Schüler, die „nichts bringen“, wertvolle Menschen sind. Der Aufruf des Präsidenten wird sofort in die Tat umgesetzt. Nach dem Massaker halten Schüler und Lehrer in Winnenden und ganz Deutschland inne und leben, bis der Schulalltag wieder losgeht, das Dementi: Nein, die Schule ist kein Ort kalter Konkurrenz, sondern ein Hort lebendiger Gemeinschaft; Lehrer und Schüler sind keine Feinde, Außenseiter werden nicht ausgegrenzt, Versager nicht gehänselt. Bis es mit Lehrplan und Notengebung wieder richtig

„WIR ZAHLEN NICHT FÜR ...“

Fortsetzung von Seite 3, Spalte 4 Mitte

„Weg mit der Rente mit 67, für armutsfeste Renten ohne Lebensarbeitszeitverlängerung“. Die Kombination aus Alter und Nicht-Beschäftigung begründet eine besondere soziale Notlage: Das setzen die, die auch die Renten armutsresistent machen wollen, als normal voraus. Da erscheint eine Rente mit 65 statt mit 67 vergleichsweise vorteilhaft für die Alten, die in der Krise sowieso vor Erreichen der Altersgrenze aus den Betrieben gedrängt werden. Geht's noch bescheidener? Aber was soll man schon erwarten von einem Demonstrationsaufruf, der die „Menschen vor Profite“ setzen, also die Rangordnung der beiden hohen Güter korrigieren will? Profit soll schon sein, aber der Mensch darf darüber nicht vergessen werden! Mensch und Profit sollen koexistieren können, so ist es doch gemeint? Wie passt das dazu, dass Profit von vornherein auf Kosten der arbeitenden Menschen geht? Dass er gar nichts anders ist als das, was der Kapitalist aus seinen Arbeitskräften herausholt?

Sieht so die „andere Welt“ aus? Ist das das „neue Wirtschaftssystem“, für das am 28. März demonstriert wurde?

*

Nein, liest man, mit Mindestlohn, existenzsichernder Sozialhilfe, Rente mit 65 etc. ist die „solidarische Gesellschaft“ noch nicht fertig. Das alles sind nur „Sofortmaßnahmen“, „erste Schritte“ – aber Schritte wohin? Die Demoauffufe zählen viele Übel auf, die das kapitalistische Wirtschaften bei der Klasse der Lohnabhängigen verursacht, aber sie wenden sich nicht gegen das Kapital, sondern an den Staat, der dem Schaden Grenzen ziehen soll. Also an genau die Adresse, die mit ihrer politischen Macht durch die Garantie des Privateigentums die Wirtschaftsmacht des Kapitals in die Welt setzt, absichert und betreut. Eine sozialere Politik soll die Schäden korrigieren, die die Wirtschaft verursacht. Im Fördern nach Schadensbegrenzung werden all die ökonomischen Prinzipien, die im Kapitalismus herrschen, und all die sozialen Rollen, die er hervorbringt, vorausgesetzt und anerkannt. Das ist nicht ein erster Schritt zur Abschaffung des Kapitalismus, es ist der Ruf nach sozialer Politik, der diese Ausbeutungsökonomie begleitet, solange es sie gibt.

Die „Entfesselung“ des Kapitalismus zu beklagen ist eben etwas anderes als die Frage zu klären, was sich da eigentlich ‚entfesselt‘ und welche Grundrechnungsarten es sind, die ihr ‚destruktives Potenzial‘ entfalten. Im ersten Fall erscheint das kapitalistische Wirtschaftssystem, wenn es nur von seinen ‚Exzessen‘ befreit wäre, wie die Lösung für all die Übel, die aufgelistet werden. Bei aller Kritik an den Resultaten dieser Ökonomie – so richtig erschüttern lassen sich die Beschwerdeführer in ihrer prinzipiell guten Meinung von der Marktwirtschaft nicht. Ihre kritische Sicht auf die Welt reicht gar nicht so weit, sich mit dem Funktionalisieren der hiesigen Art des Wirtschaftens auseinanderzusetzen. Erst kapitalistisch verur-

sachte Großkatastrophen und die Menschheit bedrohende Untergangsszenarien wie „Klimawandel und Natur, Kriege, Rezession, Hunger...“ gebieten ein „Umdenken“. Welcher problembewusste Mensch will und kann sich diesen extremen Missständen, die in der Krise des Kapitalismus ihren Ursprung haben, verschließen und sich der Notwendigkeit bewusst werden, die Wirtschaft um- und eine solidarische Gesellschaft aufzubauen! Sich zu erklären, welche Zwecke es sind, die in dieser Welt herrschen, zu ermitteln, wo die Gegner der eigenen Lebensbedürfnisse sitzen: Das ersparen sich die Kritiker in ihrem Verantwortungsbewusstsein für die kollektiven Geschicke der Menschheit. Ihre Triebfeder ist die Sorge um das soziale Gefüge, das sie als eine Heimat akzeptieren, die sie mitgestalten wollen. „Eine andere Welt ist möglich“: Die, die es gibt, ist zu verbessern – unter Anerkennung, sogar mit Hilfe ihrer gültigen Grundrechenarten. Dafür suchen sie Unterstützer und demonstrieren ihrer Herrschaft in Berlin und anderswo, wie ernst die Lage ist, wie nötig Neubestimmung und Umkehr sind – und dass sie dabei durchaus auf „die da oben“ setzen.

Wenn die Kritiker der Krise und ihrer Bewältigung „den Herrschenden nicht das Feld überlassen“ wollen, erteilen sie deren Zuständigkeit für die Lebensumstände der Bevölkerung gar keine Absage; vielmehr mahnen sie die Macher in den Parlamenten und Regierungen, ihre Verantwortung auftragsgemäß wahrzunehmen. Ihre Anklage lebt von einem Ideal, was sie als eigentlichen Auftrag von demokratischen Staaten und Politikern betrachten. Sie halten es offenbar für ausgeschlossen, dass die kritisierten Fakten in irgendeiner Weise die Konsequenzen staatlichen Handelns sind, das den Lebensstandard der Leute vom Wachstum des Kapitals abhängig macht. Sie glauben lieber an die Einsichtsfähigkeit der Politiker – die Überzeichnungen der hässlichen Seiten des Kapitalismus zur Gefahr für Natur, Mensch und Gesellschaft sollen „unsere“ Mächtigen dazu bewegen, sich selber betroffen ihrer wahren Verantwortung zu besinnen und zur unumgänglichen Umkehr zu entschließen...

Es hilft nichts. Wer nicht weiterhin zum Opfer von Krise und Krisenbewältigung gemacht werden will, wer in einem neuen Aufschwung nicht wieder Mittel des Profits sein will – der hat anderes zu tun, als mit einer Demonstration gesellschaftlichen Druck für einen sozialen Politikwechsel in Berlin aufzubauen. Er muss sich Rechenschaft ablegen, inwiefern die beklagten Übel aus dem in dieser Produktionsweise herrschenden Zweck der Vermehrung von Geld und Kapital herrühren. Und erkunden, welche Rolle die politische Herrschaft für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ökonomie spielt und welches Interesse demokratische Staaten an dieser Sorte gesellschaftlicher Produktion haben. Eins wird ganz sicher übrig bleiben: Wer nicht zahlen will für die Krise des Kapitals, muss sein Mitmachen verweigern. Und darf nicht mit der Regierung um Preisnachlässe bei der Bezahlung der Krisenlasten feilschen.

Diskussionsveranstaltung der SG in Erlangen:

Der Amoklauf von Winnenden:

Eine unbegreifliche Tragödie – oder doch nicht ganz so unbegreiflich?

Mittwoch, 29. April 2009, 19.00 Uhr

Turnstraße 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen

scher Behandlung war – bis zum Wiedererscheinen „des Bösen in uns allen“, dessen Ausmalung durch einen katholischen Bischof es diesmal vom angestammten Platz im Feuilleton in den Politteil der FAZ geschafft hat. Je öfter in der Schule geschossen wird, desto dringlicher wird offenbar das Bedürfnis der Interpretatoren, den Ursprung solchen Verhaltens ins Allgemeinmenschliche zu verfabeln. Die gezielte Verräteln trennt die Tat von der Gesellschaft, in der sie entsteht, und den üblichen Techniken der Selbstbehauptung in ihr. Mit „uns“ und „unserer Art zu leben“ darf, also kann der Massenmord nichts zu tun haben. Jede Erklärung der Tat wird als viel zu weit gehende Entschuldigung des Täters und Beschuldigung des „Systems“ zurückgewiesen. Die geforderte absolute Missbilligung verlangt ein ebenso absolutes Unverständnis! Dann erst, wenn klar ist, dass keine Selektion, keine beschissene Lebenschance, keine erlittene Kränkung so eine Tat erklären kann, dürfen die alten Argumente in beliebiger Reihenfolge wieder auftreten – freilich nicht mehr positiv, als Ursachen für die Entgleisung in Erfurt, sondern negativ: als Versagen eigentlich guter Institutionen, die mit ihrem Versagen einem kranken Hirn niemals Gründe, aber doch Anlässe für seine kranken Schlüsse geliefert haben. Da ist zuerst das Elternhaus, das, zu lauter guten Leistungen – Erziehung, Kontrolle und emotionale Obhut – bestimmt, an ihnen versagt haben muss. Dann die Schule, die entweder zu früh mit der Härte der Notengebung beginnt, Versager zu bald entmutigt und deren Verwahrlosung programmiert, oder eben die jungen Menschen nicht rechtzeitig an Niederlagen gewöhnt. Versagt hat die Gesellschaft, die versäumt Mitgliedern, die keine „Stars“ sind, das Gefühl zu vermitteln, „trotzdem“ „dazuzugehören“ (Köhler). Versagt haben die Mitschüler, die auf von ihnen ausgewählten und so titulierten „Opfern“ herumhacken, der Jugendschutz, der Horrorfilme und Gewaltvideos nicht genügend indexiert, das Waffengesetz, die Schützenvereine und so fort. Wenn man die Ursachenforschung dank der Argumentationshilfen der Psychologie nur richtig anlegt, gerät sie automatisch zu einer Liste von Verbesserungsvorschlägen.

III.

Mit solchen tut sich der Bundespräsident bei seiner Trauerrede hervor; beredt widerruft er

losgeht, liegen sich die Trauernden weinend in den Armen und fühlen sich gut. Wenn dadurch nicht verhindert wird, dass die nötigen Niederlagen im jugendlichen Lebenskampf in Hass umschlagen, sollte wenigstens das Mögliche dafür getan werden, dass dieser Hass nicht auch noch durch schlechte Vorbilder auf dumme Ideen gebracht wird. Man könnte gewaltverherrlichende Filme und Videospiele verbieten, um der Rachsucht die industriell vorgefertigten „Projektionsflächen menschlicher Zerstörungswut“ zu entziehen, so dass die böse Phantasie immerhin selber tätig werden muss. Aber halt! Diese Spiele bieten auch die Gelegenheit Aggression auszuleben, also abzubauen; und vielleicht ist mancher virtuelle Massenmörder gerade deshalb kein realer, weil er sich an seinem Computer „abreagieren“ kann. Also Vorsicht mit schnellen Verboten – zur Stärkung des Jugendschutzes will es die Bundesregierung weiterhin bei einem Aufdruck auf den entsprechenden CDs belassen, der klarstellt, für welche Altersgruppe das jeweilige Mordvergnügen das Richtige ist.

Sofern das phantastische Spielfeld nicht ausreicht, um den unvermeidlichen Hass in ungefährliche Bahnen zu lenken, muss der Wille zur Humanisierung der Gesellschaft noch radikaler einschreiten: Ohne Schießseisen und Übung am Schützenstand unter väterlicher Anleitung hätte Tim K. natürlich nicht so viel Schaden anrichten können; sein Tötungswille hätte sich mit dem Küchenmesser behelfen müssen. Insofern könnte das Verbot von Waffenbesitz und Waffengebrauch wohlwollend sein. Aber für Waffen und die Vereine der Waffenarren gilt dasselbe wie für die phantastischen Blutorgien. Schießen als Sport ist wertvoll – es kann günstig auf den seelischen Haushalt wirken und aggressive Außenseiter ins Vereinsleben integrieren. Seit Erfurt müssen Sportschützen ihre Waffen zuhause unter Verschluss halten; da sie sich offensichtlich nicht daran halten, werden unangemeldete Kontrollen erwogen, und wenn das nichts nützt, dann sollten die Kaliber in Privatbesitz wenigstens etwas bescheidener dimensioniert sein. Man sieht: Es ist gar nicht leicht, etwas zu ändern an diesem Deutschland, damit alles beim Alten bleibt – nur ohne Erfurter/Emsdettener/Winnender Konsequenzen. ■

Diskussionsveranstaltung der SG in Nürnberg:

Der Kapitalismus zerstört seine natürlichen Grundlagen – Umweltpolitik kümmert sich darum, dass es weiter geht

Dienstag, 21. April 2009, 19.30 Uhr, Desi, Brückenstraße 23, www.sozialistischegruppe.de

GEGENSTANDPUNKT 1-09

Politische Vierteljahreszeitschrift

Die Deutsche Linke sieht sich bestätigt:

Der neoliberale Turbo-Kapitalismus ist gescheitert! Machen wir's besser!

Die Leistung der demokratischen Wahlen – durchexerziert von Barack Obama

Israels Antwort auf die Gefahr einer Zweistaatenlösung u.a.

*

ISSN 0941-5831 · € 15.– Ab sofort im Buchhandel erhältlich:

Edelmann, Fürther Freiheit 2A, 90762 Fürth * Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg

Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg * Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

Oder per Bestellung direkt beim GegenStandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Tel (089) 272 16 04 · Fax (089) 272 16 05

gegenstandpunkt@t-online.de / www.gegenstandpunkt.com